

Antrag

der Abgeordneten Carsten Hübner, Fred Gebhardt, Wolfgang Gehrcke, Heidi Lippmann, Dr. Dietmar Bartsch, Uwe Hixsch, Manfred Müller (Berlin), Dr. Winfried Wolf, Ulla Jelpke, Dr. Gregor Gysi und der Fraktion der PDS

Eine nachhaltige demokratische und soziale Entwicklung in Kolumbien unterstützen

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Der in Kolumbien herrschende gewalttätige Konflikt, das Wüten paramilitärischer Banden hat bis heute Tausende von Menschenleben gefordert und fast zwei Millionen Menschen zu Vertriebenen im eigenen Land gemacht. Er ist Resultat einer auf wirtschaftlicher und sozialer Ungerechtigkeit sowie politischer und kultureller Ausgrenzung basierenden Gesellschaft.

Kolumbien ist trotz der zurzeit herrschenden schlimmsten Wirtschaftskrise der letzten Jahrzehnte und eines Schuldendienstes von derzeit 41 % seines Bruttoinlandsproduktes kein armes Land, jedoch ist es geprägt von einer zutiefst ungleichen Land- und Einkommensverteilung. Der Krieg zwischen Guerilla und der kolumbianischen Regierung, die Existenz paramilitärischer Gruppierungen und das generell herrschende Klima von Gewalt sind Ausdruck des ungelösten Problems der Verteilung des natürlichen Reichtums Kolumbiens, der u. a. auf Erdöl- und Goldvorkommen beruht. Während der größte Teil der Bevölkerung in Armut lebt, verfügen wenige Großgrundbesitzer über riesige Landstriche. In weiten Teilen Kolumbiens werden Drogen angebaut; während die Drogenkartelle unter Einsatz paramilitärischer Gruppierungen immense Profite einstreichen, sind die besitzlosen Teile der Bevölkerung aus schierer Notwendigkeit und dem Mangel an Alternativen dazu gezwungen, mit dem Anbau von Drogen ihr Überleben zu sichern.

Angesichts eskalierender Gewalt und eines Bürgerkriegs, der von keiner Seite zu gewinnen ist, sind Bemühungen, zu einem umfassenden Frieden zu kommen, dringender denn je. Der Deutsche Bundestag begrüßt den eingeleiteten Friedensprozess und fordert alle Konfliktparteien auf, umgehend auf Gewalt zu verzichten und konstruktiv nach tragfähigen Regelungen zu suchen, die auf der Umsetzung aller Menschenrechte basieren und den Schutz der Zivilbevölkerung in den Mittelpunkt stellen.

Um den langjährigen Konflikt zu beenden und eine gerechte soziale Entwicklung für alle Bevölkerungsgruppen zu ermöglichen, ist Kolumbien auf internationale Unterstützung angewiesen. Entsprechende Strategien und Projekte müssen die Konfliktursachen berücksichtigen und unter umfassender Beteiligung

aller Bevölkerungsgruppen entwickelt werden, um größtmögliche gesellschaftliche Akzeptanz zu erreichen.

Der von der kolumbianischen Regierung als umfassendes Entwicklungsprojekt präsentierte so genannte Plan Colombia, für den sie bei der Bundesregierung und der EU um Unterstützung wirbt, entspricht diesen Kriterien nicht und wird auch von breiten Teilen der kolumbianischen Zivilgesellschaft abgelehnt, da er vor allem auf repressive Gewalt anstelle einer politischen Lösung setzt.

Unter dem Deckmantel der Drogenbekämpfung wird eine schleichende militärische Intervention unter der Führung der USA eingeleitet. Eine solche Militärintervention wäre für die gesamte Region verhängnisvoll und würde Länder wie Ecuador und Venezuela in den Konflikt hineinziehen. Auch in den USA mehren sich die Stimmen, die davor warnen, dass die USA noch tiefer als bislang in den Konflikt verwickelt werden könnten und so eine „Vietnamisierung“ drohe.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. sich für eine eigenständige, aktive Vermittlerrolle der Europäischen Union bei der Lösung des Konflikts in Kolumbien stark zu machen. Dies ist um so dringlicher, da die USA aufgrund ihrer starken militärischen Involviertheit in den Konflikt für diese Rolle ungeeignet sind.
2. darauf hinzuwirken, dass bei der am 7. Juli in Madrid stattfindenden Geberkonferenz der EU keinerlei Mittel der EU für militärische Zwecke im Rahmen des Plans Colombia bereitgestellt werden. Dies bezieht sich auch auf Maßnahmen, die als soziale Flankierung dieses vorwiegend militärisch ausgerichteten Plans angesehen werden müssen.
3. in der EU dafür einzutreten, die für eine nachhaltige soziale und friedliche Entwicklung bereitgestellten Mittel erheblich aufzustocken.
4. sich umgehend für einen neuen Friedens- und Entwicklungsplan einzusetzen, der unter Beteiligung aller Konfliktparteien sowie der zivilgesellschaftlichen Kräfte entwickelt und umgesetzt wird und der auf folgenden Grundsätzen beruht:
 - Umsetzung der bürgerlichen und politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschenrechte
 - Aufklärung von Menschenrechtsverletzungen und Beendigung der Straflosigkeit
 - Verzicht auf Einsatz militärischer Gewalt
 - Auflösung der paramilitärischen Einheiten
 - Verzicht auf Einsatz von chemischen und biologischen Wirkstoffen zur Drogenvernichtung
 - Ersetzung repressiver Maßnahmen der Drogenbekämpfung durch alternative integrale Entwicklungsmodelle
 - gerechte Verteilung des Landbesitzes
 - Förderung sozialer Maßnahmen im Gesundheits- und Bildungsbereich
5. sich bei den lateinamerikanischen Staaten für eine aktive Unterstützung der Verhandlungen zwischen Regierung und Guerilla in Kolumbien einzusetzen.
6. sich dafür einzusetzen, dass die Bekämpfung des organisierten Drogenhandels und der international agierenden Drogenkartelle im Rahmen der UN erfolgt. Der Kampf gegen den Drogenhandel muss von dem Verdacht befreit

werden, dass die USA, der Hauptabsatzmarkt für Drogen, damit eigene und nicht originär mit der Drogenbekämpfung in Verbindung stehende Ziele verfolgen. Die USA dürfen weder eine Rolle als Weltpolizist noch als Welt-drogenbehörde spielen.

Berlin, den 4. Juli 2000

Carsten Hübner
Fred Gebhardt
Wolfgang Gehrcke
Heidi Lippmann
Dr. Dietmar Bartsch
Uwe Hicks
Manfred Müller (Berlin)
Dr. Winfried Wolf
Ulla Jelpke
Dr. Gregor Gysi und Fraktion

Begründung

Die bisherige Strategie zur Bekämpfung des organisierten Drogenhandels hat sich als kontraproduktiv erwiesen. Das massive Besprühen von Drogenanbauflächen kombiniert mit repressiven militärischen Aktionen hat nicht zu einem Rückgang des Drogenanbaus geführt, sondern im Gegenteil zu seiner Ausweitung beitragen. Die gestiegene Nachfrage nach Drogen in den Industrieländern trägt ebenso dazu bei wie die zunehmende soziale Verelendung der Kleinbauern, die sie in den Kokaanbau treibt. Durch die Besprühung der Anbauflächen mit Herbiziden sind große Landstriche vergiftet worden; die Abholzung weiterer Regenwaldgebiete ist die Folge. Während die kleinbäuerlichen Produzenten militärischer Gewalt ausgesetzt sind, können die Drogenkartelle nach wie vor ihre Geschäfte nahezu unbehelligt fortsetzen.

Der Plan Colombia setzt mit seiner Konzeption, seinen Strategien und der Mittelverteilung diese Politik im Grundsatz fort. Er kann daher nicht als geeigneter Friedensplan angesehen werden. Auch die Neufassung des Plan Colombia, von dem mittlerweile mindestens drei verschiedene Versionen im Umlauf sind, kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass dieses Maßnahmenpaket vor allem US-Interessen (Aufstandsbekämpfung, regionale Hegemonie, Ressourcensicherung) entspricht. 85 % des US-Anteils in Höhe von 1,574 Mrd. US-\$, also 1,334 Mrd. US-\$ und 64 % der Mittel des Gesamtprogramms in Höhe von 7,557 Mrd. US-\$, also 4,81 Mrd. US-\$ sind für Militärausgaben vorgesehen. Kolumbien ist derzeit das dritt wichtigste Empfängerland von US-Militärhilfe. Lediglich 21,66 % der Programmkosten sollen in die Demokratisierung und soziale Entwicklung sowie weitere 0,71 % in die Förderung des Friedensprozesses fließen.

Die Teile des Hilfspakets in Höhe von 1,250 Mrd. US-\$, die von der EU getragen werden sollen, sind ziviler Natur. Ein Kriegsplan wird aber nicht dadurch zu einem Friedensplan, dass ihm soziale Maßnahmen beigeordnet werden. In der Konzeption des Plan Colombia sollen die Bundesrepublik Deutschland und die EU dafür herhalten, die Kolateralenschäden des Krieges abzufedern. Dies ist jedoch etwas völlig anderes als die Förderung von sozialer Entwicklung. Es ist nicht möglich, zwischen „guten“ (friedensfördernden) und „schlechten“

(militärischen) Teilen des Plan Colombia zu unterscheiden. Er kann nur als Gesamtprogramm bewertet werden.

Darüber hinaus gibt es Anlass zur Sorge, dass der so genannte Plan Colombia lediglich partiell und nur mit einigen wenigen Gruppen der Zivilgesellschaft beraten wurde. Mit den Kommunal- und Regionalbehörden der Gebiete, in denen er implementiert werden soll, fand keine Konsultation und Konzertierung statt. Dies spiegelt das Desinteresse wider, die Meinungen, Initiativen und Sorgen der betreffenden Gemeinden und der Bevölkerung im Allgemeinen und sogar der lokalen Amtsträger einzuholen.

Große Teile der demokratischen Öffentlichkeit Kolumbiens betrachten die Umsetzung dieses Programms als eine weitere Gefährdung für Frieden und Menschenrechte in Kolumbien und eine Bedrohung ihrer eigenen Arbeit. In einer gemeinsamen Erklärung vom 7. Juni 2000 lehnten Friedens- und Menschenrechtsgruppen, Gewerkschafts- und Indígena-Organisationen, kirchliche Netzwerke und politische Verbände den Plan Colombia ab, „da er einem autoritären Verständnis von nationaler Sicherheit entspricht, das ausschließlich auf einer Strategie der Drogenbekämpfung gründet; er führt zu einem Eskalieren des sozialen und des bewaffneten Konfliktes und ist keine wirkliche Lösung für das Drogenproblem.“ Vielmehr bringe er den Friedensprozess in große Gefahr, bedrohe die indigenen Völker und die Erhaltung ihrer Kulturen und Lebensformen, werde das Ökosystem des Amazonas-Tieflandes stark beeinträchtigen, die humanitäre und die Menschenrechtskrise verschärfen, das Problem der internen Flüchtlinge und die soziale und politische Krise vergrößern.

Was der EU als ein Projekt zur Entwicklung des Friedens und zur Stärkung des Staates schmackhaft gemacht werden soll, ist in seiner jetzigen Konzeption das genaue Gegenteil: ein Projekt zur Ausweitung des Krieges.

Anstatt sich an militärinterventionistischen Konzepten zu beteiligen, sollte die EU eine aktive Vermittlerrolle einnehmen und auf eine politische Lösung des Konflikts hinwirken. Dazu gehören auch umfassende sofortige Finanzhilfen, die einen friedlichen Prozess nachhaltiger sozialer, demokratischer, und ökologischer Entwicklung stützen.